

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1919

76 (31.3.1919)

Volkshfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Bezugspreis: Abgeholt in der Geschäftsstelle, in Abloren oder am Postlokale monatlich 1,20 M., vierteljährlich 3,60 M., halbjährlich 6,00 M., durch die Post 1,34 M. bezgl. 4.02 M.
 Ausgabe: Freitag mittags: Geschäftszeit: 4 1/2 - 5 1/2 u. 2 - 4 1/2 Uhr abends. Fernspr.: Geschäftsstelle Nr. 123, Adolphstr. Nr. 491.
 Anzeigen: Die 7. und 8. Spalte od. deren Raum 25 A. zuzügl. 30 % Zeitungsgeld. Bei Wiederholungen Rabatt. Annahmestelle 49 norm., für größ. Aufträge nachz. zwot. Druck u. Verlag: Buchdruckerei Ged & Co., Karlsruhe.

Die neue badische Verfassung.

Von Dr. Emil Kraus, M. d. R.-B.

III. (Schluß)

Eigentum und Sozialisierung. Vor lauter Angst, es könnte eines Tages eine rein sozialdemokratische Regierung gebildet werden, die dann alles Eigentum konfiszieren würde — so stellt man sich nämlich in jenen Kreisen immer noch den Sozialismus vor — bereiten sich die bürgerlichen Parteien in § 14 den Satz festzusetzen, „das Eigentum steht unter dem Schutze der Verfassung“. In dieser Absicht war der Satz für uns Sozialdemokraten ein so unannehmbar. Jetzt, wo wir mitten in der größten sozialen Weltrevolution stehen, wo die Verfassung eine große soziale Revolution herbeiführt, ist es eine Notwendigkeit, daß die Verfassung die soziale Revolution einleitet. Das konnten wir nicht! Was nämlich nachher noch über Enteignung und Entschädigung bestimmt wird, entspricht durchaus nicht unseren sozialistischen Forderungen. Darum haben wir mit aller Energie dagegen gekämpft, bis als Ergänzung zum obigen Satz noch hinzugefügt wurde: „Es ist beabsichtigt durch die Rückführung auf die gemeinwirtschaftlichen Interessen“. Ein Zentrumsredner machte darauf aufmerksam, daß eine solche soziale Entschädigung von ein Gedanke des H. Thomas von Aquin sei. Soweit also ist es heute, daß die Sozialdemokratie um Dinge kämpfen muß, die der christlichen Menschheit des Mittelalters selbstverständlichen waren. Höchstens laute ein Zentrumsredner in Weimar, die Sozialisierung der reinen kapitalistischen Monopolbetriebe sei ein Stück sozialistischer Christentum! So haben wir den ganzen Sozialismus stets aufgesaht. Nun seien aber doch zu diesem § 14 noch einige Gedanken erlaubt. Die bürgerlichen Parteien, die sich auch in Baden so entzweit gegen den Sozialismus d. h. die Verfassung der kapitalistischen Produktionsmittel. Nennen sie klammern sich so anhänglich an den Konbürgerlichen Begriff des Privateigentums. Ja wissen denn diese Herren denn nicht, daß es nicht nur die Sozialdemokraten, daß dieser mittelalterliche Privateigentumsbegriff durch die moderne Großindustrie und großindustrielle Entwicklung längst überwunden ist? Nehmen wir gleich ein solches Beispiel, einen modernen Großindustrieller, der mit seinem Aktienkapitalismus — an verschiedenen Firmen und Unternehmungen der ganzen Welt beteiligt ist. Wo sind denn nach der Beschaffenheit dieses Großindustriellen zu seinem Eigentum? Erkennt er ja die Betriebe gar nicht, an denen er beteiligt ist oder erträgt nur durch die Zeitungen vor ihnen. Dem ist nur am Rande einer Kapazität an den Dividenden. Nun bedenk man noch die ungeheure Produktivität eines solchen Aktienkapitalisten, die sich ihm während der Jahre verdien, sondern in erster Linie dem Geiste der Arbeiter und Anwesenheit, die ihn im Schwelge ihres Angehens produzieren. — Ein Anwesender ist dieser § 14 nicht für die bürgerlichen Parteien Baden. Sie hätten den Geist der Zeit besser verstehen können und mit uns Sozialisten zusammen hier einen Paragraphen erlassen können, aus dem man sofort klar sehen könnte, daß eine neue soziale Zeit da ist. Sie wollten nicht. Hoffentlich haben sie es nie zu bereuen!

Die Freiheit der Religion. Viele Freiheiten hat uns die Revolution erzwungen, viele alten aus neu geschaffen: in der badischen Verfassung —; so die Pressefreiheit, die Vereins- und Versammlungsfreiheit und das Koalitionsrecht. (S. § 17.) Eine der kulturell auch für den Sozialismus wichtigsten Freiheiten, die uns jetzt erst die Revolution im vollen Maße gesichert hat, ist die Freiheit der Religion. Es galt die Religion frei zu machen von der Herrschaft des Staates; es galt aber vor allem in uns aufstrebende, in der Gegenwart wachsende religiöse Gemeinwesen frei zu machen von dem Druck der durch die Bevormundung — aber nicht der demokratischen Kirchen auf ihrer Entstehung und Entwicklung lastete. Während das erste ein leichtes war, sollte das letztere einen heißen Kampf. Wir Sozialdemokraten traten uns mit allen Mitteln bis zur letzten Stunde für die religiöse Gewissensfreiheit und für die Gleichberechtigung aller kirchlicher und religiöser Gemeinwesen ein. Und wir haben diese beiden Grundrechte in der Verfassung bewirkt; sie wäre ja auch andernfalls für uns unannehmbar gewesen! Allerdings, der Religionsunterricht ist auch jetzt noch Pflicht in der Schule. Das steht zwar nicht in der Verfassung, aber im Einklange mit der Sozialdemokratie werden wir unsere ganze Kraft aufwenden, den Schulfach — im neuen Geiste der Freiheit zu reformieren. Um so größer aber sind gerade die im Religionsunterricht gegenüber die Forderungen, die der religiösen Freiheit des Lehrens und des Schülers durch die Verfassung garantiert werden.

den § 19. Abs. 3 lautet: „Kein Lehrer darf wider seine erklärte religiöse Überzeugung zur Erteilung des Religionsunterrichts oder zur Vornahme von kirchlichen Handlungen, kein Schüler gegen die religiöse Überzeugung der Erziehungsberechtigten zum Besuch des Religionsunterrichts oder zur Teilnahme an kirchlichen Handlungen gezwungen werden.“ So ist in der neuen badischen Verfassung das Prinzip der Gewissensfreiheit verwirklicht.

Nun zur Gleichberechtigung aller kirchlicher und religiöser Gemeinwesen! Die bisher staatlich anerkannten Kirchen und Religionsgemeinschaften (also Katholiken und Alt-Katholiken, Protestanten und Israeliten) sind einander gleichgestellt und verwalten ihre Angelegenheiten völlig selbstständig. (S. 18, Abs. 3.) Nun aber haben wir Sozialdemokraten mit Hilfe der Demokratie noch den wichtigen Absatz 4 des § 18 in die Verfassung gebracht, der lautet: „Kirchliche und religiöse Gemeinwesen, die nach ihrer Verfassung und der Zahl ihrer Mitglieder die Gewähr der Dauer besitzen und deren Ziele dem Staatszweck und der Sittlichkeit nicht zuwider sind, müssen durch das Staatsministerium als Körperschaften des öffentlichen Rechts in dem Sinne des vorigen Absatzes anerkannt werden.“ Damit ist die Bahn frei für alle Formen und Möglichkeiten religiösen Denkens und Lebens. Jeder soll der Religion leben, in deren Formen sein Geist die Grundröhre aller Taten sprengen und sich heuten kann. Jede Religion hat ihre große geschichtliche Bedeutung und inhaltliche Wahrheit, jede aber auch ihre praktische Bedeutung und Relativität! Darum ist nach unserem Erörterungsprogramm „Religion Privatangelegenheit“, weil keine vor der anderen den größeren Wahrheitswert beanspruchen darf; es kommt immer darauf an, was sie dem beibringt, der in ihrer Form das Erhöhte erlebt. Und diesen Gedanken trägt der § 18 der neuen badischen Verfassung voll und ganz Rechnung. — Wir Sozialdemokraten dürfen uns freuen, daß es uns gelungen ist, in dieser reinlichen und klaren Form die Trennung von Staat und Kirche durchzuführen.

Die Schule im neuen Volksstaat. In den Schulparagraphen 19 (von Abs. 5 an) ist neben dem § 14 über das Eigentum eigentlich am wenigsten vom Geiste des neuen Volksstaates übergegangen. Und doch, wie unendlich wichtig ist gerade die Schule im neuen Staat. Wenn es schon richtig ist, daß die Revolution technisch erst dann ist, wenn die Revolutionierung der Geister zu beginnen habe, so wird der Hauptanteil an dieser letzteren Arbeit der Schule, von der Volksschule angefangen bis zur Hochschule zu fallen. Und doch, welche sozialen Gegensätze bestehen heute noch zwischen Volksschule und Mittelschule, zwischen privater und staatlicher Schule! Und welche völlig undemokratische Geisteshaltung herrscht noch in weiten Kreisen der Hochschulpromovierten und Korpsstudenten. Aber auch dahinein wird die Revolution nachdrücklich drängen, denn wir für Baden nur durchdringt, daß wenigstens alle Privat-Volksschulen in Zukunft fortfallen und es nur noch die eine staatliche Volksschule gibt. Wir wissen, daß damit eine fast hoffnungslos empfindliche Aufgabe erfüllt werden wird; ihnen soll die Möglichkeit gegeben werden, sich bis zum Jahre 1925 in Gemeindefesthalten umzuwandeln. Wenn nunmehr alle Kinder, ob reich oder arm, gezwungen sind, wenigstens auf derselben Volksschulbank zu sitzen, so wird auch den Kapitalisten am Ausbau und der Qualität der Volksschule mehr gelegen sein als bisher. Außerdem haben wir noch erreicht, daß an allen Schulen einmündlich die der Hochschule, für Bedürftige und Rückzügler der Unterrichtsunterstützung ist.

Aber wie geht, eine große Tat ist auch dieser 2. Teil des § 19 nicht. Man hätte daran ein etwas entschlosseneres Erkenntnis zu den großen nationalpädagogischen Zeitproblemen erwartet. Trotzdem, wir erfüllen die große Reform vom Reich her! Wir erfüllen die Einheitschule als einheitliches System der gesamten Bildung unseres Volkes, in das jede einzelne Schulfür ihre Notwendigkeiten entsprechend eingegliedert wird von der Volksschule bis zur Hochschule. Besonders die Hochschule wird dann nicht mehr, wie sie es heute noch ist, eine Volksschule sein, um nebenher ihr vom Volke abgetrenntes Gelehrtenproletariat zu züchten, sondern sie wird dann im vollen und wahren Sinne des Wortes Volksschule sein, als Verkörperung aller sozialpädagogischen Aufgaben des neuen deutschen Volksstaates.

Unter großer Goethe hat als höchstes Ziel für sein Deutschland gesehen „Aus freiem Grund mit freiem Volke leben“. Die Freiheit hat sich das badische Volk in seiner Verfassung bereits gesichert und die wird es sich wahren als heiligstes Gut. Und den freien Grund wird die Sozialdemokratie bringen. So wird politische und soziale Demokratie eine Einheit werden in Baden und im Reich!

Und jeder, der entschlossen mitkann, hilft an dieser freien sozialistischen Zukunft, an dem kommenden Staat der sozialen Gerechtigkeit, er kann mit Faust sagen:

Es kann die Spur von neuen Erdentagen nicht in Neuen untergehen. —
 Am Vorabend von schönem hohen Ostertage
 Gedächtnis ist jetzt den letzten Augenblick!

Die Verfassung. In dem zweiten Artikel unseres Statutes ist folgende sinnstiftende Denkfehler richtigzustellen: Spalte 1

Seite 25 von oben muß es heißen: „Den anderen Parteien“ statt den anderen Parteigenossen.
 Spalte 1 Zeile 8 von unten „monarchische Spitze“ statt moralische Spitze.

Das schwierige Problem der Bezahlung der Lebensmittel.

Paris, 29. März. Neuter. Ueber die Organisation der deutschen Finanzdelegation, die demnächst in Frankreich erwartet wird, liegt folgendes vor: Auf der letzten Brüsseler Konferenz ist vorgeschlagen worden, daß die deutsche Finanzdelegation mit Vertretern der Alliierten in Frankreich aufzutreten soll, um über die Regelung der Zahlung der für den Ankauf von Lebensmitteln nötigen Summen durch die Deutschen zu unterhandeln. Die Beratungen werden auf die sogenannten Übergangsfinanzfragen beschränkt bleiben und haben keinen Einfluß auf die endgültige Finanzregelung mit dem Feinde. Beständig der deutschen Zahlungen hat die Brüsseler Konferenz vom 14. März bestimmt, daß Deutschland außer der Lieferung seiner natürlichen Reichtümer und gewisser anderen gewisse Handelsartikel auszuführen unter der Bedingung, daß 1. keine Artikel, die auf der verbodenen Liste stehen auszuführen werden und 2. alle Zahlungen für diese Ausfuhr zur Bezahlung der Lebensmittel verwendet werden, die Deutschland von den Alliierten erhält. Das bestehende Ausfuhrverbot für Gold, Silber und Wertpapiere bleibt aufrechterhalten. Die Ausfuhr gewisser Waren ist unter der Voraussetzung der Einhaltung dieser Bedingungen gestattet. Zu den Waren, deren Ausfuhr gestattet ist, gehören Kohlen, Getreide, verschiedene Eisen- und Stahlprodukte, Zucker, Zementzement, elektrische und gewisse andere Maschinen. Die alliierten Regierungen werden das Recht haben, diese Artikel zu kaufen und Vertreter der Alliierten werden sofort nach Köln und anderen Städten gehen, um mit den Deutschen Verhandlungen über die Preise zu beginnen. Die Preise durch die alliierten Regierungen dürfen aber Zweidrittel des Uberschusses, den Deutschland in diesen Artikeln besitzt, nicht übersteigen, das restliche Drittel wird Deutschland nach Belieben frei ausführen können. Der Erlös aus diesen ausgeführten Waren wird ebenso wieder aus den Einkünften der Alliierten der Bezahlung der deutschen Lebensmittelrechnung vorbehalten sein.

Die Entensforderung wegen Landung in Danzig.

Berlin, 29. März. Die Reichsregierung beschaffte sich gestern nachmittag abermals mit der durch den Notwendigkeit über Danzig geschaffenen Lage. Die wiederholte Überprüfung der Lage führte, wie der „Berliner Lokalanzeiger“ sagt, lediglich zu einer Bestätigung der Stellungnahme vom Tage vorher. — Das „Berl. Tagbl.“ meidet, daß die deutsche Antwort auf die Forderung des General Ludant betreffend den Durchzug der Armee des General Soller durch Danzig von sämtlichen Parteien der Nationalversammlung einstimmig die Unabhängigen gut geheißen worden ist.

Die Entschädigungsfrage.

Berlin, 30. März. „Mentor Wort“ meidet aus Paris: Der gesamte Betrag der Kriegsschadungen, die Deutschland auferlegt werden sollen, beträgt 45,3 Milliarden Dollars. Davon entfallen auf Frankreich 15 Milliarden Dollars, auf England 5 Milliarden, auf Rußland 7 Milliarden Dollars und auf die übrigen Alliierten 780 Millionen Dollars. Da aber der Gesamtbetrag die Zahlungsfähigkeit Deutschlands übersteigen würde, soll toll er etwa 20 bis 30 Milliarden Dollars herabgesetzt werden.

Haag, 29. März. Zum Erscheinen der deutschen Finanzkommission in Versailles wird aus Paris mitgeteilt: Die Deutschen sollen sich über die Zahlungsfähigkeit Deutschlands äußern und die Auffassung der deutschen Regierung übermitteln. Die Amerikaner halten weiterhin daran fest, daß Deutschland die 40 Milliarden nicht zahlen könne, die der Sachverständigenausschuß festgesetzt hat.

Die „Humanität“ zum Gedanktag der Pariser Kommune.

Das Organ der holländischen sozialdemokratischen Partei „Het Volk“ zitiert einen Artikel des Hauptredakteurs der „Humanité“, Marcel Cachin, in dem dieser den 43jährigen Gedanktag des Aufstandes der Pariser Kommune feiert. In dem Artikel heißt es: Jetzt hat der militärische Sturz der drei früheren Kaiserreiche ebenfalls die Kommune in großem Maßstabe in ganz Europa ins Leben gerufen. Millionen von Proletariaten kämpfen für dieselbe Ziel wie ihr Vorbild von damals. Die Bewegung, die wir erleben, nimmt eine unermessliche Ausdehnung an. Bald wird sie Europa und die ganze Welt überdecken. Alle Hellschenden werden schon jetzt Anzeichen davon. — Aus einem anderen Artikel derselben Nummer der „Humanité“ zitiert „Het Volk“ eine Stelle, in der auch gesagt wird: In der Stunde, wo wir vielleicht der allernächsten Kommune nahe sind, gehen unsere Gedanken zurück zu der Kommune von Paris.

„Het Volk“ bemerkt dazu: Diese Anführer der Pariser Kommune sind nicht nur bezeichnend für die hoffnungsvolle Stimmung unserer französischen Genossen, sondern auch ein Denkmal an die Pariser Kommune, die in diesen Tagen die Bedeutung einer politischen Tat.

Seite 8.
 e betr.
 na hteben
 1. Mai 08.
 etres beson
 für 1 ehm,
 für 1 ehm;
 ja len.
 che Besenü
 de Mielzins
 endemonat
 ngen diese
 65 Pf.
 mit 35 Pf.
 stätige Cine
 20 Watt
 Schaltung
 ung selbst
 darf Minu
 st sich die
 en.
 steert und
 seinen Sol
 ngen! und
 en Trans
 Spannung.
 die Gebüde
 oben; bei
 berechnet
 Grund
 des nach
 rgehenden
 preis von
 bebedt ist,
 sowie für
 nate des
 würde,
 augende
 Wasser
 Wasser
 anderen
 ung fest
 jährllich
 für das
 und dem
 gteilen
 es wird
 en sind,
 erbrang
 im Falle:
 el.
 resmieie
 anlagen
 ab gen
 der: fest
 niele —
 Wasser
 Wasser
 Wasser
 ds zu
 dem
 stellen
 5 W.
 g von
 Sage
 dwerf
 en für
 2106

Baden.

Die neue badische Regierung.

Am letzten Freitag führten die Verhandlungen im Versteherausschuss des Landtags in der Frage der Bildung der Regierung zu einem endgültigen Abschluss. Das Präsidium der Regierung behält Anton Geis (Soz.)...

Es sollen somit den Sozialdemokraten drei Ministerien zu dem Zentrum zwei und den Demokraten zwei. Außerdem treten in die Regierung für die nächste Zeit sechs Staatsräte ein, wovon auf die Sozialdemokratie zwei, das Zentrum drei und auf die Demokraten ein entfallen.

Außerdem wurde die Abmachung getroffen, daß die Parteien das Recht haben, gegenwärtig einige Ministerialräte in Vorschlag zu bringen. Das Zentrum fordert die Stellung von solchen im Ministerium des Innern und im Kultusministerium, die Sozialdemokratie wird einen der übrigen ins Finanzministerium beordern.

Die Verhandlungen waren langwierig, weil das Zentrum als stärkste Fraktion des Landtags bis zuletzt hartnäckig darauf bestand, eines der politischen Ministerien zu erhalten. Entweder den Kultus oder das Innere war seine Parole.

Die Wahl der Minister durch den Landtag erfolgt voraussichtlich kommenden Mittwoch.

Aus der alten Schandzeit.

Ein Karlsruher Bürger richtet folgendes Schreiben an uns:

Im August v. J. wurden mein Bruder und ich durch die sächsische Militärpolizei ohne Grund und ohne uns anzuhören in Schutzhaft genommen. Man sagte uns nur, daß wir über die Grenze nach der Schweiz fliehen wollten, um nicht mehr dienen zu müssen.

un're Sache zu hören, holte uns eines Sonntags Militär ab. Wir wurden eingekerkert und am gleichen Tage (20. Oktober) mit 4 Mann Begleitung nach Rumänien gebracht. Mein Bruder hatte nicht gedient und ohne jede Ausbildung hätte man ihn ins F. d. M. Man gab uns keine Zeit, un're Sachen zu ordnen.

Un're geheimer Briefwechsel wurde beschlagnahmt. Nach der Revolution, d. h. vor der Auflösung der sächsischen Militärpolizei, wurden diese Briefe wohl an unser Regiment nach Tarnobrzeg geschickt, wo uns dieselben von der Regiments-Geschäftsstelle übergeben wurden. Nach un'rer Prüfung fehlte jedoch fast die Hälfte.

Wir befinden uns doch im Recht und muß uns für die erlittenen Verluste Ersatz leisten werden? Die Briefe, als un're Eigentum müssen uns doch zurückgegeben werden? An wen können wir uns wenden, um un're Recht zu erhalten, da uns von den bisherigen Stellen keine Antwort erteilt wird?

Da wir auch nicht wissen, welchen Rat wir dem Verfasser des obigen Briefes geben sollen, so übergeben wir dieses Dokument aus den Ehardttagen in Tarnobrzeg Niedertarnobrzeg und der Lokalfabrik: Die Lokalfabrik meldet sich in der Sache im neuen Verfassungsausschuss: Die Lokalfabrik meldet sich in der Sache im neuen Verfassungsausschuss...

Lehrerjournen.

Wie rühmlich ein großer Teil der badischen Lehrerschaft nach ist, geht aus der antirevolutionären Zeitschrift hervor, die sich in allerlei teils tollgeheueren, teils beschränkten Taten kundgibt. Zum Kopfsteckeln verurteilten Denken gibt folgendes Beispiel. Die Lehrer beabsichtigen, eine Statistik aufzumachen, in der festgestellt werden soll, wer unter ihnen während des Weltkrieges in der Gruppe der Volkseigenenverdiener L. d. A. aufgenommen zu werden, die heute das etwas zweifelhafte geordnete Eherecht haben.

in Masse zur Hand hat — Ausnahmen bestätigen die Regel — gerade die wahren Helden mit Händen und Füßen, gegen einen aprilischen Mißbrauch ihres Namens in einer solchen Statistik.

Im Nr. 7 der „Neuland-Schulz.“ schreibt ein Lehrer, der wohl den Besitz seiner Bierpatente durch eine Statistik der Nachwelt überliefert haben möchte: „Es sollte daher der Vorschlag eingebraucht werden, der erstens die Würde der Auszeichnung, zweitens die Zahl der Verleihungen und drittens den Namen der Besondere, sowie die Veröffentlichung der mindestens zehn ersten Höchstdekretierten und viertens derjenigen mit dem Eisernen Kreuz erster Klasse. Daher wäre es für die bad. Lehrerschaft, denen allüberall ein so vielfaches hohes Lob gezollt wurde, eine große Zurücksetzung und eine nie wieder zu werdende Kränkung, wenn man ihrer großen Opferfreude so wenig Achtung entgegenzubringen würde.

Die badische Nationalversammlung. Die nächste öffentliche Sitzung der bad. Nationalversammlung ist auf Mittwoch den 2. April, vorm. 9 Uhr anberaumt. Auf der Tagesordnung steht u. a. die Abstimmung über einen Antrag Masch (Dem.) betr. den parl. Ernährungsbericht, ferner die Verhandlung verschiedener Petitionen und schließlich die Beratung über den Gelebensvertrag betr. die Bildung des Geschäftsfreies der Ministerien und die Wahl der Minister und des Staatspräsidenten.

Stattort bei Karlsruhe, 29. März. Beim Spielen mit einem gealterten Armeerevolver hat ein 16jähriger Junge ein gleichzeitiges Wunden erlitten.

Spieleberg, 27. März. Gestern wurde eine größere Menge Rindfleisch aus einer Geheimfleischfabrik beschlagnahmt.

Brudersaal, 7. März. Landwirt Josef Schreier und seine Ehefrau Barbara geb. Schneider von hier können am Sonntag die goldene Hochzeit begehen. Das selbige Fest können am Sonntag die Eheleute Theodor Wüst und Berta geb. Bürger in Mingolsheim feiern.

Offenburg, 29. März. In letzter Zeit wurde beim Eintreten der Frühlinge bemerkt, daß viele wilde Gänsewächler in Schwärmen auf Gebäudeflächen verweilen. Die Wächler haben sich sehr leicht geäußert, daß die Stadt sich in den letzten Tagen veranlaßt sah, einem von diesen im Aufenthalte in der Stadt Offenburg zu verbieten. Wie einwunderlich festgestellt werden konnte, hat einer dieser wilden Gänsewächler auf der Scheide Brücke in wenigen Tagen über 60 000 Mark verbrochen. Es ist weiter offenbar geworden, daß hinter diesen Dingen französische Agenten stehen, weil man vermuten will, daß die französischen Banknoten in deutschen Wechseln gegen deutsches Geld umgewandelt werden.

Das verlassene Dorf.

Roman aus dem 30jährigen Kriege von Friedrich Thiele. (Nachdruck verboten.)

„Ihr habt recht getan vor Gott und Menschen, mein Kind“, tröste er sie in freundlich ernstem Tone. Er erklärte auch, daß sie bleiben zu wollen bis zuletzt, und als nach einer Stunde die Knechte erschienen, sie abzuholen, wandelte er an ihrer Seite, und sie sprach lebhaft mit ihm über Tod und Jenseits.

Raum zehn Minuten vom Orte entfernt, hatte man auf einer der Wiegen am Fluße einen plumpen Golan errichtet, an dreier wartete der Prosch mit seinen Leuten. Doch er nicht allein, in großer Menge hatten sich die Soldaten und ebenfalls die Bewohner von Loheda, Burgau und Wöllnis und anderen Ortschaften eingefunden, die Volkstimmung des Urteils mit anzusehen. Wie im Sturme hatte sich das Gerücht verbreitet, eine junge Frau, die Tochter des Kantors von Kunz, habe einen Offizier erschossen und werde morgen um neun auf den Saalwiesen gerichtet werden. Selbst die sonst so außerordentliche Furcht vor den Soldaten wich zurück vor der Teilnahme an diesem Ereignis, zu dem allerdings die meisten Zuschauer aus mühsamer Neugierde oder aus bloßer Freude am Grausigen herbeiströmten.

Erst als Margarete bis zum Richtplatz gelangt war, wandte sie die Augen von ihrem Begleiter ab. Aber nicht den Zurichtungen zu ihrer Hinrichtung galt ihr beständiger Blick, noch den zahlreichen Zuschauern rundum. Ihre Frage verriet, was ihr Herz bedrängte.

„Ist er hier?“ fragte sie die Knechte.

„Wer?“

„Mein Gatte — der Hauptmann Daston.“

Sie schüttelten die Köpfe, sie selber schaute ängstlich umher — er war nicht gekommen. Da durchdrachte sie unglückliches Weh, ein Schmerz, so unerträglich, wie auf der Folter.

„Er verläßt mich in meiner letzten Stunde“, bebte es von den adärschönen Lippen. Der Wächter erhob ihre gefesselte Hand und drückte sie ermutigend.

„Er würde hier sein, wenn er könnte.“

„Er könnte wohl.“ mühte sich einer der Knechte ein. „Der Herr Richter hat ihm einen Passierschein ausgestellt, ich hab's ihm selber jagen hören.“

„Dann kommt er gewiß noch, Frau Daston.“

Margarete seufzte und sah wieder auf die Menschen. Wühlend entfuhr ihr ein Laut des Erstaunens, ihre Augen erglänzten freudig.

„Lenard — du — du lebst noch?“

Es war Lenhardt, ihr Bruder, der zu ihr herantrot. Seine Arme umschlang sie liebend, indes seine Tränen mit den ihren sich vermischten.

„Gretchen, mein gutes Gretchen, muß ich dich so wiederfinden?“

„Es ist das Schicksal und Gottes Fügung, Bruder! Du weißt, warum ich hierher?“

„Ich habe alles vernommen. O, es ist eine Grausamkeit — und der liebe Vater, die Mutter, Schwester Lina, alle sind tot.“

„Alle, Lenard — du nur bist noch übrig. Saa, wo warst du und warum kommst du nicht zurück?“

„Als wir in Jena angefangen waren und ich Wagen und Pferde zurückführen wollte, zwangen mich die Schwurken, sie bis Weimar zu fahren — von da bis Eriud und so immer fort, bis wir nach Nordhausen kamen. Dort verkauften sie Wagen und Pferde und zogen nur noch meine besten Kleider aus. Ich beschloß, ich obnehdes nicht m. hr. Nun wollte ich fort und mich durchzettel bis zum Heimatdorf, aber auch das vergebens man mir nicht. Ich wurde zum Soldaten gepreßt und habe zwei Jahre mitmachen müssen, bis es mir endlich gelang, zu entweichen. Ich hatte mit etwas Geld verpart und kam so glücklich nach Kunz — seit drei Wochen bin ich zurück.“

„Wo wohnst du, Lenard?“

„Vorläufig beim Oheim.“

„Ist er mit hier, der gute Oheim Christoph?“

„Nein, Gretchen, er liegt an seinen Gelenksamerzen darnieder. Aber er nimmt den innigsten Anteil an deinem Unglück, du liebe, arme Schwester!“

„Es wird bald vorüber sein, Lenard — aber du — was denkst du nun zu beginnen, lieber Bruder?“

„Ich weiß es nicht. Am liebsten würde ich mich bis nach Zürich durch, um dort meine Studien zu vollenden. Dort herrscht Friede und ich könnte mein Leben in Ruhe hindringen.“

„O, tue das, Lenard. Hier ist kein Heil mehr für gute Menschen.“

„Und du, Gretchen, bist die Frau eines schwedischen Offiziers, ja, man?“

„Ja, Lenard.“ Gretchen erzählte ihm in wenigen Sätzen die Schicksale der Familie und ihre eigenen Erlebnisse bis zum heutigen Tage. Noch war sie nicht ganz zu Ende, als der Prosch, der bei dem Golan stand, ungeduldig wurde.

„Der Herr Christ ist eben eingetroffen“, rief er, „er will selber das Vergnügen haben, die Wörderin seines Bruders hängen zu sehen. Ans Werk, Jungen!“

Margarete mußte schnellen Abschied von Lenard nehmen, die Knechte rissen die Geißeln rauh auseinander.

„Kommt, Frau.“ befahl der oberste von ihnen. „Je mehr wir uns beeilen, je eher seid Ihr von der Angst befreit.“

Noch einmal und in Todesangst streifte Margaretes Blick im Kreise umher. Arne war nicht da, er kam nicht! Und er hatte einen Passierschein! Das war der einzige Gedanke, der sie in diesem Augenblicke besetzte. Sie dachte kaum an den Tod, nur an ihn, der sie verlassen hatte.

„Der Wächter“, flüsterte sie ihrem Begleiter zu, „ich weiß er kommt noch. Er hat nicht kommen können, ich weiß es, aber er kommt noch. Dann überbringt Ihr ihm meinen letzten Gruß und sagt ihm, daß ich bis zum letzten Augenblicke nicht aufgegeben habe, ihn zu lieben! Mein letzter Wunsch ist ein Segen für meinen Gatten!“

Sie stand bereits mit einem Fuß auf der Leiter, als sie so sprach. Noch einmal faltete sie die Hände zum Gebet. Die Knechte wollten es nicht leiden, aber sie gehorchte dem lauten Zuruf nicht und betete mit lauter Stimme das Vaterunser. Doch sie gelangte nur bis zu der Stelle: „und verabschiede dich von der Erde“, da erhob sich betäubender Lärm in der Menge. Hörner und Trompeten erklangen, der Boden dröhnte unter dem Stampfen wie von tausend Hufeisen, in einem Augenblicke war alles in Verwirrung und Schreckensgeräusch aufgebrochen.

Der Ruf: „Die Schweden kommen!“ stieg von Mund zu Mund.

Margarete schaute sich bestürzt um, sie mußte nicht, was die Menge plötzlich in solchem Getümmel auseinandertrieb. Alles eilte in wilder Flucht davon. Soldaten und Neugierige. Die beiden Knechte ergriffen sie jeder an einer Hand und rissen sie mit sich fort. Doch sie waren noch nicht weit, als schon mehrere Reiter mit vorhängigen Zügeln auf die kleine Gruppe zu sprangen.

„Halte! oder Ihr fahrt zum Teufel!“ erklang es drohend hinter ihnen drein. In Sorge um Leben und Freiheit liehen die Knechte Margarete fahren und stürmten weiter. Im gleichen Augenblicke sprang einer der Reiter von seinem Rosse und preßte die ganz betäubte Gefangene mit einem Subelsäbel in die Arme.

„Margarete, meine liebe Margarete!“

„Arne, du bist?“

„Zweifelst du, daß ich kommen würde? Mach fort mit dir, ehe sie sich bekommen — wir sind nur ein kleines Häuflein und unter Erfolg ist lediglich ihre Ueberempfindung!“

Er hob sie mit harter Hand auf sein Pferd, zwang sich hinter sie und rief den ihnen folgenden Soldaten ein frohliches: „Zurück!“ zu. Und im wilden Galopp sprangen die kleine Schar über die Wiege zurück nach dem Lager der Schweden. (Fortsetzung folgt.)

Offenburg, 28. März. Eine Versammlung der bad. Eisenhauer und Inhaber von Gradmalgeschäften hat einen Verband badischer Steinbildhauer gegründet und zum Vorsitzenden Bildhauer Eymann (Vrad) gewählt. Der Verband will nicht allein die materiellen Interessen seiner Mitglieder heben, sondern auch durch gegenseitigen Austausch von Ideen die Friedhofskunst auf einen höheren Stand bringen und besonders auf dem Lande die bestmöglichen Grabmalenarbeiten zu verdrängen.

Offenburg, 28. März. Am Mittwoch fand hier eine aus allen Teilen des Landes gut besuchte außerordentliche Generalversammlung des Vereins „Badische Heimat“ statt, die über eine Statutenänderung und über die künftigen Aufgaben der Pflanze des bad. Heimatgedankens beraten sollte. Von den Sachungsänderungen ist erwähnenswert, daß die Mitgliederbeiträge fast um das Doppelte erhöht wurden. Das Vereinsvermögen beträgt 39 000 Mark. Während des Krieges hatte der Verband einen Mitgliederzuwachs von 1125 zu verzeichnen. Um den Heimatgedanken in die weiteren Volksschichten einzubringen, hat der Verein beabsichtigt einen Heimatkalender herauszugeben, eine Bauernzeitung zu errichten, Vorträge in allen Orten sollen den Heimatgedanken mehr und mehr in das Volk tragen. Im Verlauf der Tagung wurde besonders hervorgehoben, daß durch die ohne Zweifel einsehende erhöhte Tätigkeit der Industrie, die eine Beeinträchtigung des Landschaftsbildes da und dort befürchten läßt, die rege Wirksamkeit eines Heimatvereins am Platze ist. In der Pfingstwoche findet in Baden-Baden die ordentliche Generalversammlung statt.

n. Achern, 27. März. Ein Beweis, daß es auch hier Kriegsgewinnler gibt, sind die Liegenheitsveränderungen, die in unserm Städtchen in letzter Zeit vorkommen. Die Verkäufe lassen klar erkennen, welche Summen hier die Fabrikanten im Krieg verdient haben. So hat wiederum ein Fabrikant, der im „Volkstempel“ schon mehrfach in anderer Beziehung genannt worden ist, August Meber, von den Gebäudern Oberföll den früheren „Salmen“, ein Areal in der Hauptstraße für 60 000 M. käuflich erworben. Es ist interessant zu beobachten, wie die durch den Krieg erworbenen Gelder überall untergebracht werden.

r. Wörschbach, 30. März. Bei der am Sonntag, 28. ds. Mts., stattgefundenen Generalversammlung des Geangvereins „Freundschaft“ wurde der Austritt aus dem Bad. Sängerbund und der Uebertritt zu dem Arbeiterverband und einmündig beschlossen. Ein Zeichen, daß auch die Arbeiterbewegung sich auf dem rechten Wege befindet, den uns die Revolution gezeigt hat. Mögen diesem Beispiele noch viele Geangvereine folgen.

Kenzingen, 28. März. Nach vorausgegangenem Vorkriegselbst hat der 23jährige Kaufmann Adolf Kehler seinen älteren Bruder, den Hofner Karl Kehler, in der elterlichen Wohnung erschossen. Der Täter wurde verhaftet.

Heidelberg, 29. März. Gegen 400 verwundete und kranke Soldaten beschloßen in einer Versammlung eine Erklärung an die Regierung zu richten und darin eine Tageszulage von 3 M., Wiederherstellung der Porzofreiheit, bessere Verpflegung und unentgeltliche Benutzung des Hallenbades zu fordern. Im Anschluß an die Versammlung unternahm die Revolverbanden und Kranten unter Führung des Soldatenrates der Lazarette eine Demonstration durch die Stadt.

Heidelberg, 27. März. Nahrungsmittelfahrer haben hier ein Gefäß beschlagnahmt, das als Artiseigepäck beschriftet war und in Wirklichkeit 33 Pfund Butter enthielt, die dann den Lazaretten überwiesen wurden.

Bieslach, 27. März. Noch der „Heidelberger Zeitung“ sind die Wäcker und Wäckerinnen der Heil- und Pflegeanstalt geltend wegen Lohnforderungen in einen Zustand eingetreten. Mit der Regierung sind Verhandlungen im Gange.

Konstanz, 31. März. Neuerdings sind zwei russische Volkswirtschaftigen nach der Schweiz zurückgekommen; ebenso wurden verschiedene Maschinengewehre in die Schweiz geschmuggelt. Aus diesem Grunde hat der schweizerische Bundesrat eine strengere militärische Bewachung der Grenzabschnitte vom Bodensee bis Baden angeordnet.

Mannheim, 31. März. In der Nacht zum Freitag wurde auf dem Heimweg vom Hauptbahnhof eine Direktorstolze von zwei etwa 20jährigen Burden überfallen und ihres Besitzes, Geldbetrags und eines Brillanttrings beraubt. Die Täter entkamen. — Bei Durchsuchungen nach Geesepul wurde eine Menge Munition, 65 Schußwaffen und sonstige militärische Ausrüstungsgegenstände gefunden.

Schubheim, 27. März. Nach dem „Marktgräf. Tagbl.“ hat ein hochachtbarer Städter einem Bauern der Umgegend 1200 M. (!) geboten für zwei kleine Speckseiten im Gewichte von kaum 40 Pf. Trotz dem verlockenden Angebote mußte der Bauer leer abziehen.

Tauberbischofsheim, 27. März. Der Bauernrat des Amtsbezirks Tauberbischofsheim hat in einer Eingabe an das Ernährungsministerium auf die Kartoffelmengen des ehemaligen Gefangenenlagers in Tauberbischofsheim hingewiesen und gefordert, daß diese der städtischen Bevölkerung zugeführt werden.

Lauda, 29. März. Die vom Kriegswunderamt Karlsruhe hier eingeleitete Kontrollstelle hat in den Tagen vom 17. bis 28. März 25 Htr. Kartoffeln 7 Htr. Weizenmehl, 1500 Eier, 100 Pfund Fleisch und Schinken, 20 Liter Schnaps, 50 Liter Speisöl und sonstige Artikel des täglichen Bedarfs beschlagnahmt. — In Bietheim sind zwei gewerkschaftliche Schleihhändler verhaftet worden. Ferner wurden in Waldhausen bei Buchen einer Händlerin aus Mannheim mehrere Körbe mit Fleisch, Wurst und Fett abgenommen.

Wulfsbüdingen bei Waldsbut, 28. März. Eine Bauernversammlung sandte an die Regierung eine Entschädigung, in welcher es heißt, die Bauern wollten durch äußerste Arbeitsamkeit die Ernährung der heimatischen Bevölkerung aufrechterhalten. Die Landwirte seien aber keineswegs geneigt, solche zu erwidern, die

nicht arbeiten wollen und sie erwarten, daß die bad. Regierung mit Kraft eingreift, um die nicht wenigen Mißstände in der Zwangswirtschaft zu beseitigen.

Lörrach, 29. März. Bei einem nächtlichen Zusammenstoß mit Schmugglern in der Nähe von Oberwil (Rafelland) wurde laut „Freisg. Bl.“ ein Korporal der schweizerischen Grenzschutztruppe lebensgefährlich verletzt.

Neulautenburg, 28. März. Von der Grenzüberwachungsstelle wurde ein Landwirt von Hänner (Baden) verhaftet, der schweizerische Staatsobligationen im Wert von 14 000 Fr. und der Kassenbücher von schweizerischen Kassen mit Werten von etwa 23 000 Fr. über die Grenze nehmen wollte.

Zugänderungen. Vom Dienstag, 1. April ab, treten im Fernverkehrsplan folgende Änderungen ein: Diezüge 9034 (W) seitler Offenburg ab 4.25 nachm., Rahr-Stadt an 5.05 und 9031 (W) Rahr-Stadt ab 5.31 nachm., Offenburg an 6.01, werden künftig statt nach und von Rahr-Stadt nach und von Offenburg geführt und verkehren täglich in folgendem Fahrplan: Zug 9034 Offenburg ab 4.20 nachm., Offenburg an 5.05, Zug 9031 Offenburg an 5.25, Offenburg an 6.10.

Der Schleihhandel in Baden.
Mannheim, 28. März. Der Sicherheitsdienst nahm hier einen Schleihhändler von Hahmersheim fest, welcher Geesepul verschleppen wollte. Die gestohlenen Gegenstände waren in zwei großen Schleihkörben verpackt. Der Schleihhändler gab an, es handle sich um Aider seiner Familie. Bei der Durchsuchung d. Körbe fand man aber große Mengen Geesepul.

Mannheim, 30. März. In dem am letzten Mittwoch von Karlsruhe hier eintreffenden Morgenpostzug wurde eine Kontrabande sämtlicher Geschäftsleute der Besenden vorgefunden. Dabei wurden insgesamt gegen 25 Zentner Lebensmittel beschlagnahmt. Einer Schnapsabgabebehörde wurden mehrere hundert Liter Schwarzwald-Bier beschlagnahmt.

Heidelberg, 30. März. In den letzten Tagen beschlagnahmte die Volksehre 2000 Stück Eier und große Mengen Fleisch, Wurst, Öl und Schnaps.

Emmendingen, 30. März. In einem Wagen, der mit beschlagnahmtem Erlaubnischein 40 Htr. Kartoffeln von Hahmersheim nach der Stadt transportierte, fand man 14 Htr. Frucht verpackt.

Lörrach, 28. März. Die Gendarmerie beschlagnahmte einen im hiesigen Güterbahnhof eingetroffenen Eisenbahnwagen mit 90 Zentner Karzeffeln. Die Karzeffeln waren für eine hiesige Brauerei bestimmt. Der Frachtbrief trug eine Ausfuhrbewilligung des Kommunalverordnendes Waldsbut für 20 Zentner Saatkarzeffeln. In dem Wagen waren aber außerdem noch 70 Zentner Speisefarzen verladen worden.

Schlussee bei St. Blasien, 28. März. Hier wurde ein Kraftwagen angehalten, der recht werthvolles Hamstergut enthielt. Man fand darin vier Schinken, 140 Eier und 20 Pfund Butter und Schmalz. — In St. Georgen in Schwarzwald wurde von der Gendarmerie ein Fußwerk angehalten, mit dem man 2 Zentner Gerste, 1 Zentner Weizen und 5 Liter Schnaps durchgeschmuggelt wollte.

Weersburg, 28. März. Die Seewache nahm zwei Fischer aus Saal fest, die im Aufzuge eines Konstanz Schleihhändlers vier große Kisten Käse und einen Schleihkorb voll Fleischwaren über den See schaffen wollten. — Den Sicherheitsorganen bei Friedrichshafen fiel die Verurschleibung einer Hohen von Hopsach (Baden) in die Hände, als sie gerade eine Anzahl Eier und ein großes Quantum Butter fortzuschaffen wollte. — Ein einem Ort des Soletalgebietes ist man einer Schwarzschäferschere auf die Spur gekommen. Man fand drei geschlachtete Küder, die gerade einen Käufer gefunden hatten.

Konstanz, 31. März. Auf offener Straße wurde ein verdächtig gebietender angestoppt. Man fand darin etwa 10 Ztr. feinstes Weizenmehl verpackt. Der Führer, der ein schlechtes Gewissen hatte, flüchtete. — In Sengen wurden für etwa 50 000 M. Schweizerkuppen beschlagnahmt und auf der Adolfsweiler Bahnenverwaltung fiel ein aufsehender Posten Schweizerkuppen, Vanille und Schokolade in die Hände der Sicherheitsbehörde, der unterstellt nach Konstanz laufen sollte.

(Aus diesen Nachrichten, die wir an einem Tag in den verschiedenen Blättern gefunden haben, ist deutlich ersichtlich, in welcher Weise der Schleihhandel in Baden blüht.)

Deutsche Nationalversammlung.

Weimar, 29. März.
Die Sitzung wurde kurz nach 10 Uhr vormittags eröffnet. Es folgt die zweite Lesung des Nachtragsstats und des Statuts.

Leber erörtert Bericht der Abg. Roese (Soz.): Der Ausschuss nahm den Regierungsvorschlag, der die Bezüge des Reichspräsidenten auf 100 000 M. vorschlägt, nicht an, sondern kennt persönliche und Sachbezüge und schlägt vor, dem Reichspräsidenten jährlich 100 000 M. Gehalt zu gewähren und für die mit seinem Amt verbundenen Sachausgaben eine halbe Million Mark auszugeben. Die Regelung der Pensionsfrage soll einem besonderen Gesetz überlassen werden. Die Frage der Ministergehälter und Pensionen soll beim ordentlichen Etat geprüft werden. Bei dem Wohnungszuschuß der Minister dürfen erhebliche Abstriche erfolgen.

Abg. Dr. Burtsche (Centr.): Wir stimmen dem Beschluß des Haushaltsausschusses zu.

Abg. Raubant (L. S.): Wir lehnen das Gehalt des Reichspräsidenten ab, weil wir diese Kosten nicht nur für überflüssig, sondern für schädlich halten, ebenso wie das Gehalt und die Sachausgaben viel zu hoch. Auch Repräsentationen und Reisen sind unnötig. Der Reichspräsident sollte kein höheres Gehalt bekommen als die anderen Minister. Wir lehnen diese Ausgaben, die eine Befestigung der kapitalistischen Republik bedeuten, ab.

weitere seines Könnens. Nicht das Wollen ist entscheidend, sondern das Können, das heißt die Höhe der Summe und des ihr absolut angepaßten Ausdrucks. Andere Kriterien gibt es nicht.

In diesem Sinne betrachtet gibt uns die derzeitige Ausstellung des verstorbenen Malers Dr. L. Durm manden interessanten und belehrenden Aufschluß. Zwar ist des Künstlers Entwicklungsengang noch lange nicht abgeschlossen, doch läßt sich schon aus einigen gut gelungenen Studien erkennen, was er gewollt und erreicht hat. So kann man mit Sicherheit behaupten, daß seinem Schaffen mehr oder minder rein kompositorische Ideen zu Grunde liegen, sei es in Porträts, Stillleben oder Figurenbildern, daß die Komposition zuerst linear gedacht und verwirklicht wurde, und daß die farbige Lösung nur sekundärer Art ist. Daher nimmt er auch von rein materialistischen Aufgaben Abstand und beschränkt die Farbe sichtlich auf nur untergeordnete Bedeutung; aber auch innerhalb dieser Grenzen findet sie des öfteren einen feinen und abgewogenen Ausdruck, leicht dem Auge komplementären Ausgleichs folgend (vergl. „Kostümstudie zur Klage“). Stehend für die kompositorischen Absichten wirkt sie nie. L. Durm verfügt über ziemlich gute zeichnerische Charakterisierung, wie sie sich vor allem in dem kleinen Studienkopf seines Vaters und dem Mädchenbild daneben ausdrückt. Er geht darin über D. Dagemann, dessen Können rein perspektivischer Art jeder Anteiligkeit ermangelt. Zu einer vollen Form von Idee und Ausdruck ist allerdings L. Durm noch nicht gelangt; doch war er sicher auf gutem Wege dazu, eine solche einmal zu finden. Zweifellos aber steht er in rein künstlerischer Hinsicht schon weit über dem Durchschnitt und kann man seinem ernstlichen Streben und bemerkenswertem Können nur ungeteilten Beifall göllen.

Der Nachtragsstat wird hierauf nach dem Ausschussantrag gegen die Stimmen der Unabhängigen angenommen.

Es folgt die zweite Beratung der Gesetzentwürfe über die vorläufige Regelung des Reichshaushalts und des Haushalts der Schutzgebiete für 1919 (Statut). Im Spezialetat des auswärtigen Amtes werden als Beihilfen zur Verbesserung der Einrichtungen für das Wirtschaftsausschussnachrichtendienst die zunächst geforderten 250 000 M. ohne Erörterung bewilligt.

Im Haushalt des Reichsministers des Innern werden zur Unterhaltung des Reichsflughafens 50 000 M. angefordert. Berichterstatter Becker (Hess., D. V.) berweist darauf, daß auf dem Flughafen Adelsloh und Döberitz noch viele Soldaten unproduktiv beschäftigt sind statt demobilisiert zu werden. Diese Frage soll im Haushaltsausschuß gemeinsam besonders geprüft werden.

Abg. Erling (Centr.) erklärt sich für rückwirkende Demobilisierung. Auf den beiden Flugplätzen würden für Offiziere und Mannschaften jährlich 50 Millionen Mark ausgegeben, weil diese Offiziere und Mannschaften sich mit aller Macht gegen eine Demobilisierung sträuben.

Abg. Dr. Kessler (D. Vp.) tritt ebenfalls dafür ein, daß auf Kosten des Reiches auf den beiden Berliner Flughäfen nicht Millionen für Löhne verausgabt werden. Wo bleibt bei alledem der Rechnungshof? Auch in den Kriegswirtschaften bleiben noch manche länger als im Interesse des Reiches nötig ist.

Reichsminister Roese berweist darauf, daß nach einer Verfügung aus der Zeit des Prinzen Max jeder Seeresangehörige befreit ist, nach Erklärung der Demobilisierung für seinen Kruppenteil noch 4 Monate in der Kaserne zu bleiben. Diese Verordnung war aus der Erwartung hervorgegangen, daß die Demobilisierung sich auf einen recht langen Zeitraum erstrecken würde, eine Erwartung, die durch den Zusammenbruch unseres Heeres vollständig über den Haufen geworfen wurde. In einer großen Anzahl von Städten haben sich aus entlassenen Marineoldaten und Matrosen besondere Matrosenformationen gebildet, zu denen auch die bekannte Berliner Volksmarine-Division gehört. Soweit die zur Entlassung kommenden Leute keine Arbeit finden, müssen sie aus Reichsmitteln unterstützt werden. In den staatlichen Werkstätten haben sich in einer Anzahl von Betrieben unzulässige Zustände herausgebildet, die zu einer geradezu unverantwortlichen Verschleuderung von Reichsgeldern führen.

Auf den beiden Reichswerken haben sich die Verhältnisse beträchtlich verbessert. In Kiel wie in Wilhelmshafen wärft die Zahl der Aufträge und auch die Arbeitsleistung. In den Werkstätten Friedrichshafen hat sich viel Kisten an ersten Revolutionstage die Arbeiter sich geneigt, für die Folge an der Herstellung von Kriegsmaterial zu arbeiten. Nach oberflächlicher Berechnung wurde eine beträchtliche Zahl von 100 000 M. Lohn noch täglich bezahlt, ohne irgend welche Gewinnbringende Tätigkeit in diesen Werksstätten. Auch in verschiedenen militärischen Reliebungsbetrieben sind die Zustände unerträglich. Einzelne haben den zwanzigfachen Umfang während des Krieges angenommen, und trotzdem veranlassen die Arbeiterführer, von Entlohnungen in diesen Betrieben Abstand zu nehmen. Nebenher gab denn noch eine Schilderung von den Zuständen in den Spanbauwerk Betrieben, in denen im Januar an Köhnen 42 Millionen Mark gezahlt wurden bei einer absolut minimalen Tätigkeit der Arbeiter. Dem aus den Reihen der Arbeiter mit übermittelten Wunsch, es möchte in Staatsbetrieben so reich wie möglich das notwendige Maß von Umstellungsarbeiten zugeführt werden, um wieder produktive Arbeit leisten zu können, wird Rechnung getragen werden, damit die in diesen Betrieben angelegten Gelder wieder nutzbringende Arbeit im Interesse des ganzen Volkes leisten. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Koch (Soz.): Wir hoffen, daß die bevorstehenden Verhandlungen zu einer Vereinbarung zwischen den Reichsbesörden und den beteiligten Arbeitern führen.

Abg. Mumm (D.M.): Wozu hat ein erschütterndes Bild von der Verschleuderung von Reichsgeldern gegeben. Warum ist nicht schon früher darauf geachtet worden?

Abg. Hartmann-Berlin (Dem.): Als Vertreter der deutschen Gewerksvereine erkläre ich: Wenn unsere Arbeiter nicht die nötigen Austauschmittel in Kassen und Kati erzeugen, kann wird auch unsere Ernährung sich nicht bessern. Die überaktiven Kreise, die die Arbeiterkraft von der Arbeit zurückhalten wollen, treiben die Geschäfte des Ausbaus zum Schaden des Vaterlandes. Wozu Roese dafür sorgen, daß in den staatlichen Betrieben die Produktionsfreiheit tatsächlich gesichert und gewährleistet wird?

Ferner werden eine Entschädigung des Ausschusses auf Erhöhung der Bezüge der Renten- und Unerkennungsgesetzpänger, der Rest des Statuts, sowie der Haushalt der Schutzgebiete in zweiter Lesung und in dritter Lesung der Nachtragsstat und der Statut ohne Erörterung angenommen. Das Haus beschließt Vertagung bis Mittwoch den 6. April mit der Ermächtigung für den Präsidenten ebend. auf Der Etat der Reichsfinanzverwaltung wird bewilligt, früher wieder zusammenzukommen. — Schluß nach 1 Uhr.

Aus der Partei.

Aus dem Parteiausschuß.

Die bereits kurz mitgeteilt, beschloß der Parteivorstand, vom 10. Juni ab einen Parteitag in Weimar abzuhalten, von dem man annimmt, daß er seine Geschäfte in drei bis vier Tagen wird erledigen können. Die Tagesordnung des Parteitages ist wie folgt festgelegt worden: Berichte des Parteivorstandes; Referenten: Otto Weis und Bartels. Die Organisation der Partei; Referent: Referent: Scheidemann. Bericht der sozialdemokratischen Fraktion in der Nationalversammlung; Referent bestimmt die Fraktion.

Die Neueinteilung des Reiches in Wahlbezirke auf Grund der Verhältnismäßigkeitsordnung, sowie der große Mitgliederzuwachs machen eine Reorganisation der Partei notwendig, ebenso ist der Ausbau unserer Parteipresse unaufschiebbar geworden. Für die Vorarbeiten zum Parteitag wurden zwei Kommissionen gewählt, die dem Parteitag agendaempfehlende Vorschläge machen sollen. Es wurden gemäß in die Organisationskommission: Weis und Bartels vom Parteivorstand, Vogel-Kürnbach, König-Darmstadt, Kühn-Dresden, Weis-Magdeburg, Gehl-Danzig. In die Verfassungskommission wurden gewählt: Müller und Braun vom Parteivorstand, Dr. Braun-Kürnbach, Gröger-Frankfurt a. M., Ling-Mannheim, Wetthe-Magdeburg und Krüger-Moskau.

Die Parteiführer. Die sozialdemokratische Fraktion der bad. Nationalversammlung hat beschloßen, einen Antrag einzubringen, nach welchem der 1. Mai auch in Baden zum Feiertag erhoben werden soll. Die bad. Sozialdemokratie wird den 1. Mai 1919, möge die Entscheidung der bürgerlichen Parteien der Nationalversammlung auch anders lauten, zu einem Demonstrationstage für die Mai-Idee gestalten.

Gegen den Generalstreik. Die in der letzten Zeit von den Unabhängigen und Kommunisten vorgenommene Bildung von „Aktionsausschüssen“ in einzelnen großen Fabriken auf dem Gebiet des Mannheimer Vereins veranlassen, darauf hinzuwirken, daß der Grundgedanke der Bildung solcher Ausschüsse sei, die Arbeiterkraft zu einem neuen Generalstreik zu treiben. Die Partei müßte da vorwarnen.

Badischer Kunstverein.

Es wäre eine ebenso interessante wie dankbare Aufgabe für eine Kunstphilosophische Forschung, festzustellen, wie der menschliche Intellekt die gegebene objektive Welt zum Zwecke künstlerischer Realisierung umwertet und vertieft, wie weit diese Umwidmung getrieben werden kann, ohne die Kunstsidee in einem Widerstreit mit dem real Begebenen zu bringen und auf welchen allgemein menschlichen Grundgesetzen diese Transformation basiert. Diese Lösung müßte tiefer im Bereiche der Möglichkeit liegen. Sie würde umfassende rassenphilosophische Fragen auf dem Gebiete der Kunst zu beantworten haben, die sich bei Einbeziehung und Ergreifung historisch abgeschlossener Kunstgenies zu individuellen erweitern würden. So würde der Weg der Untersuchung im Ziele eines Hoffen- und Individualitätsproblems enden.

Für uns, die wir ständig im Flusse einer Bewegung stehen und täglich mit neuen Erscheinungen bestimmt werden, genügt eine Auseinandersetzung mit rein individuellen Fragen, die uns gegenwärtig als Entfaltung und Objektivierung künstlerischer Anschauungen bestimmt durch die allemal a priori festgelegten persönlichen Veranlagungen. Dem Künstler liegt diese Frage wohl noch näher am Herzen, da sie ihn direkt praktisch berührt und sein jünger Kampf jetzt gerade dem Erringen neuer persönlicher Ausdrucksmittel gilt, wie sie in seinen neuen persönlichen Ausdrucksformen der neueren Kunst liegen in diesem Zeichen und ziele auf eine gänzliche Umgestaltung überkommener Normen im Interesse einer homogenen und individuelleren Sprache ab. Zu einem gewaltigen Ringen haben sich die Kräfte an, getrieben vom lateinischen Drange zu entziehen inneren Lebens. Wie weit es d. Einzelnen gelingt, seine Mittel zu heigern und zu vervollkommen, liegt allein bei seinen Fähigkeiten und gibt Zeugnis von der Reich-

Rechtliche Verein Karlsruhe-Breisgau. Wir erinnern unsere...

Grünwetterabend, 29. März. Soz. Verein. Wegen wichtiger...

Sorheim, 28. März. Die letzte Sonntag stattgefundene...

1. März, 31. März. Wir machen darauf aufmerksam, daß...

1. März, 31. März. Morgen, Dienstag, abends 1/8 Uhr...

Sorheim, 28. März. Am Dienstag, 1. April, abends 8 Uhr...

Landesversammlung der demokratischen Partei Badens.

Letzten Samstag fand in Karlsruhe die aus allen Teilen...

Im Mittelpunkt der Vormittagsverhandlungen am Sonntag...

Die Versammlung nahm hierauf von dem Verf. der dem...

Protest! Protest! Protest!

Wie gut war es, daß wir am Samstag den Artikel über die...

In Danksagung bedrängen die Polen deutsche Gebiet...

Freiden zu bekommen, um Arbeit zu schaffen, um unsere...

Als Protestredner zu der gestrigen Protestversammlung...

Der zweite Teil des Programms brachte eine im Ganzen...

Dem gedankenswerten Teil der Zuhörer, denen wie ihrem Herrn...

Das deutsche und badische Volk hat jetzt andere Sorgen...

Das deutsche und badische Volk hat jetzt andere Sorgen...

Aus der Stadt.

Die bei den hiesigen militärischen Dienststellen beschäftigten...

berlaufene Versammlung faßte einstimmig folgende Entschlie...

Die am 25. März im „Prinz Karl“ tagende Betriebsber...

Die Versammlung übertrug der Arbeitsgemeinschaft kaufm...

Gleichzeitig beauftragten sie den Zentralverband, eine...

Der April, auch Ostermond genannt, beginnt morgen. Von...

Arbeiter-Jugend (Freie Jugend). Nächsten Mittwoch fin...

Das Städt. Kohlenamt teilt uns mit: Da die hiesigen Kohl...

Der Verband der Gärtner und Gärtnerearleider wird un...

Arbeiter-Schauspieler. Es haben sich einige Genossen z...

Der Privatpostkartenverkehr zwischen Elsaß-Lothringen und...

Der Verband der Beamten und Lehrervereine hat die wegen...

Letzte Nachrichten.

Der Mörder Jaures freigesprochen.

Paris, 29. März. Reuter. Villain, der Mörder von Jaures...

Paris, 29. März. Der Abbot der Zivilportie Boncourt...

